

Präsident
Christian Weber

**Rede zum Neujahrsempfang des SPD-Ortsvereins Stuhr
Sonntag, 29. Januar 2017, um 11.00 Uhr im Gutshaus Stuhr-Varrel**

Liebe Genossinnen und Genossen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich ganz herzlich für Eure Einladung; und ich bin sehr gerne zu Euch gekommen. Wir Bremerinnen und Bremer, vor allem auch wir Genossinnen und Genossen, sollten uns viel häufiger auf den Weg machen, uns mehr draußen beispielsweise in der Metropolregion bewegen und nicht ständig auf alten Pfaden rund um den Marktplatz herumtrampeln. Reisen belebt und bildet – daran hat das digitale Zeitalter nichts geändert. In der Metropolregion unterwegs zu sein, ist für mich immer ein Vergnügen.

Ende vergangenen Jahres haben Bremen und Niedersachsen ihren Staatsvertrag zur Metropolregion, sozusagen die Klammer einer gemeinsamen Strukturpolitik im Nordwesten, verlängert. Darin festgelegt ist der Förderfonds, zu dem beide Länder jeweils 260.000 Euro jährlich beisteuern. Er liefert den Anstoß und hilft, um die Potentiale der Region von ihren Häfen und ihrer maritimen Wirtschaft über die Wissenschaft und Forschungslandschaft bis hin zu den Branchennetzwerken der Automobilindustrie, der Luft- und Raumfahrt, der Erneuerbaren Energien, der Ernährungswirtschaft, der Gesundheitswirtschaft und der Logistik konsequent

auszubauen. Das Ziel lautet: eine Region mit hoher Lebensqualität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und zu sichern. Davon profitieren natürlich die Städte und Gemeinden. Sie können sich entspannter um die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger kümmern – erschwinglicher Wohnraum, gute Kitas und Kindergärten, vernünftige Verkehrswege, Integration von Flüchtlingen und die Sicherheit.

Nun, Stuhr gehört zweifellos zum Speckgürtel Bremens, der bekanntlich von in Bremen erwirtschafteten Steuern gespeist wird, aber am niedersächsischen Körper hängt. Dabei hätte alles ganz anders sein können – und damit meine ich die Zeit vor der für Bremen negativen Steuerzerlegung 1970. Bremen feiert 2017 den 70. Jahrestag der Neugründung des Bundeslandes Bremens. Deshalb gestatte ich mir einen kleinen Ausflug in die Anfänge dieser Geschichte. Im Oktober 1946 fragte die amerikanische Militärregierung beim Senat an, „ob Bremen als Land weitere Gebiete wünsche“. Die Antwort war diplomatisch, dass Bremen keine Gebietserweiterungen fordere, aber auch keine Einwände erheben werde, wenn die Militärregierung entsprechende Entscheidungen treffe.

Knapp einen Monat später legte der Senat dann ein von Justizsenator Spitta verfasstes ausführliches Gutachten zur Ausgestaltung der bremischen Selbstständigkeit vor, in dem zwar einleitend festgestellt wurde, dass Bremen keinen Wert auf die

Angliederung „umfangreicher vorwiegend landwirtschaftlicher Gebiete“ legte, weil dadurch der historisch gewachsene „eigenartige Charakter Bremens“ als Hafen- und Handelsstadt „gefährdet und teilweise verloren gehen“ würde. Eine Erweiterung des bremischen Staatsgebietes wurde aber dennoch als gerechtfertigt bezeichnet, weil die angrenzenden Regionen des niedersächsischen Umlandes und deren Einwohner sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die Nutzung kultureller Angebote weitgehend auf Bremen ausgerichtet seien. Unter dieser Prämisse regte der Senat an, die südlich und südwestlich an Bremen angrenzenden Gemeinden Achim, Bierden und Uphusen sowie Stuhr-Brinkum, Syke-Leeste, Barrien, Kirchweye und Dreye, die Stadt Delmenhorst und die Gemeinde Lemwerder sowie die an Bremen-Nord angrenzenden Teile des Kreises Osterholz und die Kreisstadt Osterholz-Scharmbeck in das Land Bremen einzugliedern.

Ich will hier nicht die Gründe anführen, warum es zu dieser Konstellation nicht kam. Mit einem Hauch von Wehmut und Melancholie darf man sich gerade heute der verpassten Gelegenheiten noch einmal erinnern. Gerade wurde eine Umfrage veröffentlicht, nach der 51 Prozent der Menschen in Bremerhaven lieber in Niedersachsen als im Städtestaat Bremen beheimatet sein möchten. Diese Tschüs-und-weg-Tendenzen haben mich sehr verwundert. Und beide Städte werden darauf reagieren müssen. Nur: Ein Deal „Tausche Bremerhaven gegen Stuhr und Co. –

Dodenhof möglichst unbegriffen“ funktioniert nach 70 Jahren nicht mehr. Ich bin davon überzeugt, dass Bremerhaven ohne Bremen nicht existieren kann, schließlich gehören den Bremern die Häfen. Aber auch Bremen käme ohne Bremerhaven nicht zurecht. Deshalb meine ich, dass es sich in der insgesamt sehr stabilen und eigentlich harmonischen Ehe um Missverständnisse und Unstimmigkeiten handelt, die man mit gutem Willen überwinden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nicht erst nach dem Urteil der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener frage ich mich: Befinden wir uns nicht gerade in einer Phase zunehmender Orientierungslosigkeit, in der wir mit alten Gewohnheiten und Verhaltensmustern und vertrauten Wegen und Begegnungen nicht mehr wirklich vorankommen? Die Zukunft ist ungewiss – das ist nicht neu, nur spüren wir das gegenwärtig ungleich intensiver als sonst.

Eines freilich ist gewiss, und das macht unser Treffen beinahe historisch. Während wir in Stuhr den politischen Jahresauftakt der örtlichen SPD begehen, versammelt sich in Berlin der Bundespartei Vorstand zur Klausur – und bestätigt unseren neuen Parteichef und Kanzlerkandidaten. Wir kennen ihn bereits: Martin Schulz. Ich bin wie Ihr Sozialdemokrat: Sozialdemokrat zu sein, heißt nicht nur, eine Bezeichnung für eine politische Richtung mit

sich herumzutragen. Es heißt, soziale Gerechtigkeit ernst zu nehmen - nicht als frommen Wunsch, sondern als Anspruch, den es einzulösen gilt. Ich bin davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, die die soziale Spaltung überwindet und einen fairen Ausgleich zwischen Arm und Reich schafft, in unserem Lande nötig und möglich ist. Und ich glaube auch, dass Martin Schulz dafür der richtige Mann ist. Es geht – nach dem Auslaufen der Großen Koalition – auch um die künftige Richtungsbestimmung und einen Neuanfang. Das erfordert nicht zuletzt das fragile Europa. Und: Das Überleben der SPD will gesichert sein.

Wir befinden uns in einem Super-Wahljahr: Nach der Bundespräsidentenwahl im Februar sind im Saarland und in Schleswig Holstein am 26. März und 7. Mai die Menschen aufgerufen, einen neuen Landtag zu bestimmen. Am 14. Mai werden im bevölkerungsstarken Nordrhein-Westfalen die Urnen aufgestellt. Die Wahl an Rhein und Ruhr gilt gemeinhin als Testlauf für die Bundestagswahl im September. Auch im europäischen Ausland werden die Karten neu gemischt. Die Niederländer wählen im März eine neue Regierung; die Franzosen im Mai in einer Stichwahl einen Staatspräsidenten – oder eine Staatspräsidentin! Mit Madame Le Pen und Geert Wilders verfügen beide Länder über einflussreiche politische Rechtsaußen. Bei allen Wahlen stellt sich die bange Frage nach einem weiteren Popularitätsgewinn der Populisten, der Rechtspopulisten. Inwieweit wird sich das Abschneiden jener Kräfte, die nichts als Angst und Neid im

Menschen zu schüren verstehen, auf künftige Regierungsbündnisse auswirken? Werden sie den etablierten Volksparteien, die schon in der Vergangenheit massiv Wähler einbüßten, quantitativ allmählich ebenbürtig? Nach aktuellen Wählergunst-Umfrage liegt die SPD nur noch bei 20 Prozent, die AfD dagegen schon bei 15 Prozent. Auch in der SPD-Hochburg Bremen sind wir nach einer Radio Bremen-Umfrage auf unter 30 Prozent geschrumpft. Nun wissen wir allerdings spätestens seit dem Vorhersage-Debakel zur US-Präsidentenwahl, was wir von Trendforschern und Demoskopie zu halten haben. Es gibt immerhin einen positiven Effekt zu vermerken: Die Volksparteien gewinnen wieder Mitglieder als Antwort auf Trump. Ich hoffe, wir finden möglichst schnell Antworten auf die Fragezeichen der Zukunft, um diese Menschen nicht zu enttäuschen.

Bei alledem kann man nicht behaupten, dass uns die Aussicht auf den großen Wahlmarathon erwartungsfroh stimmt. Die Verhältnisse sind nicht so: Es herrscht Unfrieden in der Welt; ganze Nationen zerfallen; amerikanische Panzer und Militärgerät kehren über Bremerhaven nach Europa zurück und bringen Vorboten eines neuen Kalten Krieges, Terror und Massenmord nisten sich in der zivilisierten Gesellschaft ein, dringen bis ins Zentrum Deutschlands vor; Gewalt breitet sich an öffentlichen Plätzen in erschreckendem Maße aus. Es vermehren sich die Bereitschaft zu kränken und eine Sprache der Verachtung und des Hasses. Unser freiheitliches, demokratisches Wertesystem ist in Gefahr geraten. In Amerika und

auch in Europa gibt es inzwischen einflussreiche Politiker und Parteien, die offensichtlich darauf pfeifen. Demokratie und Rechtsstaat sind bedroht: Auf der einen Seite nehmen rechtspopulistische und rechtsradikale Strömungen in Deutschland und im übrigen Europa rasanten Auftrieb. Auf der anderen Seite setzt sich in immer mehr Köpfen der Bevölkerung – vor allem in denen des Mittelstandes – die Quasi-Überzeugung fest, dass Regierungen und Parteien nicht mehr fähig seien, die Probleme und Herausforderungen der modernen Gesellschaft zu meistern.

Wir haben es mit einem demagogischen Populismus zu tun. Ihre Protagonisten begnügen sich damit – aus Kalkül oder aus Dummheit – Ressentiments zu schüren, Tabus zu brechen, Verschwörungstheorien zu verbreiten und zur Lüge zu greifen. Sie erziehen sich eine Wählerschaft, der es eine Befriedigung ist, Vorurteile bestätigt zu bekommen. Das ist töricht und eine verhängnisvolle Entwicklung – und wir müssen auf der Hut sein, dass uns das vermeintliche „postfaktische“ Zeitalter mit seinem religiös motivierten Fanatismus nicht in eine postdemokratische Epoche entgleitet!

Ich habe leider das ungute Gefühl, dass die digitale Vernetzung und ihr Zubehör eine Demokratiezersetzung eher forcieren. Auf der einen Seite rauben uns, dem Einzelnen, die Smart-Phons mit den heruntergeladenen Apps ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstbestimmung, das wir wohl noch gar nicht erahnen können.

Auf der anderen Seite bringt das Internet Social Media hervor, woraus sich vielfach asoziale Medien bilden, die Propaganda und Hetze, Beleidigungen und Erniedrigung Tür und Tor öffnen. Wir können das Potential an Leuten, die Politik und Demokratie verachten und als fremdenfeindlich bis rassistisch auffallen, nicht ignorieren – vor allem auch deshalb nicht, weil sie sich längst in der Mitte der Gesellschaft bewegen und nicht bloß an den Rändern. Das Misstrauen in die Redlichkeit von Politikern nimmt ständig zu, und es geht das verloren, was ein demokratisches, auf Repräsentation beruhendes System am dringendsten benötigt: Vertrauen.

Populismus speist sich aus der Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen und der Suche nach Sündenböcken. In Deutschland sind die Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit seit 2000 um 30 Prozent gewachsen, die Einkünfte aus gewerblicher Arbeit durchschnittlich um fünf Prozent. Bei den unteren Lohngruppen kam so gut wie nichts an. Viele Menschen sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen. In Ostdeutschland tragen sie in knapp 40 Prozent aller Haushalte mindestens zur Hälfte des Lebensunterhalts bei. Die Betroffenen empfinden das als Kränkung. Für eine Gesellschaft, die sich die soziale Marktwirtschaft auf die Fahnen schreibt, ist das ein Armutszeugnis. Die Bereitschaft des Teilens, die Solidarität der Vielbesitzenden mit denen der Wenig- und Nichtsbesitzenden wäre eigentlich das Gebot der Stunde. Ich sage eigentlich, weil wir schon

seit längerem wissen, dass die vertiefte Kluft zwischen Reich und Arm nicht mehr hinnehmbar ist.

Ich frage mich ernsthaft, ob uns, die wir hier versammelt sind und denen es relativ gut geht, ob den Entscheidern und Machern nicht längst die Empathie für den Durchschnittsmenschen fehlt. Ich zweifle daran, dass wir uns in jene Frauen und Männer hineinversetzen können, die nicht zu „denen da oben“ gehören. Vielleicht wettern sie gegen „das“ System, vielleicht ist es für sie befremdlich, einen Flüchtling in ihrer Nachbarschaft zu haben. In Wirklichkeit aber fühlen sie sich in ihren elementaren Lebensbedürfnissen bedroht: eine bezahlbare Wohnung in einem Quartier, das nicht heruntergekommen ist, eine unbefristete Arbeitsstelle, ein Umfeld, das die Gründung einer Familie und eine gute Erziehung der Kinder ermöglicht, ordentliche Ausbildungsplätze und ausreichende medizinische Versorgung. Das ist alles nicht zu viel verlangt – übrigens auch nicht das Bemühen, den Suchenden und Besorgten mit Empathie, Wärme und Wahrhaftigkeit zu begegnen.

Deutschland ist eine offene, demokratische, auf Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten basierende Gesellschaft und muss es bleiben. Zweifellos schützt die Meinungsfreiheit rechtspopulistische Parolen, aber sie schützt auch uns, wenn wir energisch widersprechen, unsere Werte verteidigen und standhalten. Der große tschechische Literat, Revolutionär und

Staatsmann Vaclav Havel hat einmal gesagt: „Solange wir um die Freiheit kämpfen mussten, kannten wir unser Ziel. Jetzt haben wir die Freiheit und wissen nicht mehr so genau, was wir wollen.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

nehmen wir uns davor in Acht, Demokratie aus unserem wachsamem Blick zu verlieren. Denn ein Zustand der Normalität kann leidenschaftslos und träge machen. Kümmern wir uns! Oder um mit der Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Carolin Emcke, zu sprechen: „Wir können sprechend und handelnd eingreifen in diese zunehmend verrohende Welt.“ Und ich füge hinzu: handelnd eingreifen in unsere Gesellschaft, die sich zunehmend spaltet. Empathie ist Zukunft, Engagement, Mut ebenfalls – und auch ein bisschen Demut.

Ich danke Euch für die Geduld und Aufmerksamkeit!